

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

**Rede von Herrn Holm Sternbacher, Vorsitzender der SPD-Fraktion, im Rahmen der LWL-Landschaftsversammlung am 31.01.2013**

**Haushalt 2013**

Haushaltsrede 31.01.2013

Sehr geehrter Herr Gebhard,

sehr geehrte Damen und Herren

Die Verabschiedung eines Haushaltes durch die Landschaftsversammlung bedeutet den Höhepunkt der politischen Arbeit der Fraktionen.

Die Fokussierung der Mitgliedskörperschaften und der Öffentlichkeit nur auf die Höhe der Umlage wird der Tätigkeit des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe nicht gerecht.

Die Sitzungen der Ausschüsse sind geprägt von den Überlegungen die uns gestellte Aufgaben – Für die Menschen...Für Westfalen-Lippe- unter dem Diktat der Finanzen zu erfüllen.

Die Disziplin mit der diese Arbeit von Verwaltung und Politik geleistet wurde, beweist die Tatsache, dass es keine Anträge in den Haushaltsberatung gegeben hat, die dem Grundsatz der Haushaltskonsolidierung widersprochen hätte.

Wie ernst wir die Selbstverpflichtung zur Sparsamkeit nehmen, wird durch die Tatsache deutlich, dass wir die Steigerung der Umlage um 0,2 Punkte gegenüber dem Vorschlag des LWL-Direktors und des Kämmerers senken wollen.

Ich spreche deshalb von Senkung, weil der Vorschlag der Verwaltung an die Grenzen geht. Wir meine Damen und Herren übernehmen durch die Abstimmung hier in der Landschaftsversammlung die Verantwortung für eine Senkung um 0,2 Punkte.

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass Mitglieder der Landschaftsversammlung die aus Mitgliedskörperschaften kommen, die die Voraussetzungen für den Stärkungspakt nur hauchdünn erfüllen, der Umlage in Höhe von 16,4 zustimmen.

Aus diesem Grund möchte ich mich ausdrücklich für das faire und konstruktive Verhalten bei den Beratungen und bei dem Erarbeiten des Vorschlages für den Hebesatz bei allen Beteiligten aus den Fraktionen von Bündnis90/Grüne und der FDP/FW und der SPD bedanken. Die **Gestaltungsmehrheit funktioniert** und sie nimmt ihre Verantwortung wahr – fachlich und finanziell. Und ich habe den Eindruck, dass auch die CDU, was die Festsetzung des Hebesatzes angeht, den Vorschlag als sachlich gerechtfertigt ansieht.

Der Vorschlag, den Hebesatz für die Landschaftsumlage nicht so stark steigen zu lassen, wie uns dies die Verwaltung vorgeschlagen hat, ist **verantwortungsvoll** und er ist auch **verantwortbar**:

- Gegenüber unseren Mitgliedskörperschaften,
- Gegenüber den Trägern, die für den LWL tätigwerden
- Gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LWL
- Verantwortbar im Hinblick auf die verlässliche Erledigung der Aufgaben für die Menschen, die auf den LWL angewiesen sind.

Wir haben unsere Verantwortung wahrgenommen, aber Anlass zum Jubeln bietet das Ergebnis nicht. Denn wir erkaufen uns die Rücksichtnahme auf die finanziellen Interessen der Mitglieder mit einem weiteren Abschmelzen der Ausgleichsrücklage, d.h. wir nehmen eine weitere Verschuldung des LWL in Kauf und die Aussichten auf dauerhaft ausgeglichene LWL-Haushalte bleiben düster.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass einige Mitgliedskörperschaften über die Ausgleichsrücklage nicht mehr sprechen, denn sie ist schon längst aufgebraucht. Hier geht es um den Erhalt der allgemeinen Rücklage.

Nun lese ich in der Zeitung, dass der eine oder andere Landrat oder Oberbürgermeister uns gelegentlich öffentlich Vorhaltungen macht, wir würden der kostenträchtigen Entwicklung in der Eingliederungshilfe **tatenlos zugesehen**.

**Wir** würden uns vorschnell mit dem Hinweis auf den gesetzlichen Anspruch auf die Hilfen aus unserer steuernden und Kosten dämpfenden Rolle herausziehen, sage ich: **das ist nicht richtig**. Wir halten aktiv dagegen und schauen nicht passiv zu. Dazu drei Bemerkungen in aller Kürze.

**Erste Bemerkung:** wir haben sehr wohl seit mehreren Jahren vieles gemacht, damit die Aufwände nicht noch weiter steigen. Wir haben so stringent mit der Freien Wohlfahrtspflege verhandelt, dass wir die **Kostensteigerungen**, die bei den Leistungsanbietern angefallen sind, **nicht komplett übernommen** haben.

**Zweite Bemerkung:** Ich darf erinnern an die **Hilfepflichtkonferenzen** vor Ort, in denen sorgfältig darüber entschieden wird, welcher behinderte Mensch überhaupt neu in das Hilfesystem rein kommen darf und wer nicht. An dieser Entscheidung sind immer auch örtliche Vertreter beteiligt, die bisher alle Entscheidungen mitgetragen haben. Wir werden dieses System ausbauen und verstärken. Die Verwaltung wird uns dazu in Kürze die Eckpunkte des Projektes „Teilhabe 2015“ vorstellen.

**Dritte Bemerkung:** alle Bemühungen, auf die Kostenbremse zu treten, dürfen eine zentrale gesellschaftliche Tatsache nicht verdrängen. Wir müssen deshalb viel zahlen, jedes Jahr mehr, weil in unserer Gesellschaft **immer mehr behinderte Menschen leben und diese immer häufiger Hilfen** nachfragen. Und darauf haben diese einen gesetzlichen Anspruch. Die Zahl der behinderten Menschen, die Hilfe brauchen und in Anspruch nehmen, steigt, ebenso wie die Kosten, die für jeden Fall anfallen. Wir können dämpfen, gegenhalten, gegensteuern – aber wir können die Entwicklung nicht grundsätzlich aufhalten. Wer dies glaubt, ist entweder blauäugig oder er verdrängt dieses gesellschaftliche Faktum.

Ich darf mich hier ausdrücklich bei der LWL-Verwaltung, insbesondere bei dem Landesrat Matthias Münning und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Dezernates für die sehr gute Arbeit bedanken. Politische Beschlüsse ist das Eine, sie in Verhandlungen mit gleichberechtigten Partnern zu erreichen, ist das Andere.

Neben dem Vorwurf, der LWL würde bei den Steigerungsraten der Eingliederungshilfe nicht energisch genug gegensteuern, kommt immer ein weiterer Hinweis auf die Beteiligung des LWL.

Auch diese Diskussion haben wir erlebt, als es im Dezember bekannt wurde, dass es ein Interesse eines Privaten Versicherers an der Provinzial gab. Mit welcher Vehemenz die Diskussion geführt wurde hat den einen oder anderen überrascht.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Provinzial haben die Möglichkeit gesucht, ihre Interessen deutlich zu machen.

Ich unterstütze ausdrücklich das Recht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Belange zu vertreten.

Die Intensität der Unterstützung wird auch nicht durch das Lesen von Hunderten E-Mails geschmälert.

Der LWL hat seinen Standpunkt deutlich gemacht. Der Bereich der öffentlichen Versicherungen wird von uns eindeutig unterstützt.

Ich bin der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft dankbar, dass auch sie sich eindeutig für diese Lösung einsetzt.

Der Eigentümer LWL hat durch seinen Beschluss dem Vorstand der Provinzial eindeutig dargelegt, welche Zukunft er für die Provinzial sieht:

Ich freue mich, dass die LWL tragenden Fraktionen den Beschluss gefasst haben, in einer gemeinsamen Sitzung mit dem LVR sich dieses Themas anzunehmen und deutlich zu machen, welche Ziele die Politik verfolgt.

Trotz des auf Kante genähten Haushalt 2013 werden wir uns denn Herausforderungen stellen müssen.

Eine Herausforderung rückt immer mehr in das Zentrum unseres Handels:  
Die Umsetzung der UN Behinderten-Rechts-Konvention

Die Intensität der Diskussion über die Inklusion nimmt –berechtigterweise - erheblich zu.

Auf allen Ebenen werden Konzepte entwickelt und zu meiner Überraschung glauben viele abschließende Antworten zur Umsetzung gefunden zu haben.

In der Öffentlichkeit wird verkündet, die Umsetzung der Inklusion ist nicht finanzierbar und aus diesem Grunde halten wir den Prozess der Umsetzung an.

Diese Schlussfolgerung wird von mir abgelehnt.

Ich darf hier selbstbewusst für den LWL erklären, dass wir jahrzehnte-lange Erfahrung mit der Integration von Menschen mit Behinderung gesammelt haben, als es den Begriff „Inklusion“ noch zum Sprachgebrauch gehörte

Ich habe den Eindruck, dass man glaubt Inklusion sei eine Aufgabe, die erst in Zukunft zu realisieren sei . Und schließlich könnte man den Eindruck gewinnen, Deutschland lebe im finsternen Mittelalter und Westfalen sowieso.

Meine Damen und Herren,

Das alles hat mit der Wirklichkeit nun wirklich nichts zu tun.

Für den LWL ist Inklusion eine der Aufgaben, zu der er sich nicht nur ausdrücklich bekennt, sondern für die er auch erhebliche Finanzmittel bereitstellt. Es sind, wenn man so will, rund 2 Milliarden Euro.

Natürlich: man darf fragen, ob alles richtig ist, was wir heute tun.

Natürlich: man darf fragen, ob jeder Euro, den der LWL heute für Menschen mit Behinderung ausgibt, schon optimal im Sinne von Inklusion ausgegeben wird.

Aber trotzdem:

Diese 2 Milliarden Euro werden ausgegeben für Menschen mit Behinderung, für ihre Teilhabe an dieser Gesellschaft. Das ist das, was der LWL leistet. Das ist zwar nicht alles, was unsere Gesellschaft für Menschen mit Behinderungen leistet. Es ist aber ein sehr großer Teil davon. Und hierauf kann die Kommunale Familie stolz sein.

Es muss erlaubt sein, einmal zu fragen,

Woher kommen wir denn in der Frage Inklusion?

Welche Anstrengungen haben wir unternommen, als es noch Eingliederungshilfe hieß?

Nur 50 Jahre zurück hat es so gut wie kein sicher finanziertes Angebot für Menschen mit Behinderung gegeben.

Behinderung war Schicksal!

Wer ein behindertes Kind hatte, wer einen behinderten Bruder hatte, wer eine behinderte Schwester hatte, der wurde allein gelassen. Das war sein privates Problem.

Nur 40 Jahre zurück hat es für Menschen, die in ihren Familien nicht mehr ausreichend versorgt und betreut werden konnten, allenfalls riesige Verwahranstalten mit großen Bettensälen und Verwahrprogramm gegeben.

Nur 30 Jahre zurück gab es für behinderte Kinder nur das Angebot Sonderkindergarten und Sonderschule.

Nur 20 Jahre zurück waren Mehrbettzimmer für Menschen in Einrichtungen der Behindertenhilfe lebenslanger Standard.

Nur 10 Jahre zurück hieß das einzige Angebot für Menschen mit höherem Hilfebedarf: stationäre Einrichtung. Zur Not zig Kilometer von zu Hause, zig Kilometer von der Familie, zig Kilometer von Verwandten und Freunden entfernt.

Meine Damen und Herren,

wer hat das alles geändert? Wer hat die Verantwortung für den Fortschritt gehabt und nicht nur gehabt - sondern auch wahrgenommen?

Sie alle hier kennen die Antwort. Ihnen muss ich Sie nicht sagen. Aber wir gemeinsam, alle Fraktionen, alle Mitglieder dieses Hauses müssen dieses gemeinsam nach draußen sagen.

Es war der LWL, es war der Verband der Städte und Kreise, es war die Kommunale Familie, die das alles geändert hat. Trotz des kontinuierlich sinkenden finanziellen Beitrages des Landes.

Aber welche Ziele verfolgen wir bei der Umsetzung der Inklusion?

- Auch wenn ein Mensch schwerste Behinderungen hat, soll er einer Arbeit nachgehen und seinen Lebensunterhalt verdienen können und er soll in einer eigenen Wohnung leben können.

Vielleicht muss man noch ergänzen:

Wenn ein Mensch mit Behinderungen öffentliche Einrichtungen besucht, dann sollen das die gleichen sein, die auch ein Mensch ohne Behinderungen besucht.

Sei es nun der Kindergarten, sei es die Schule, sei es das Krankenhaus. Für Menschen mit Behinderung soll es keine Sonderwelten geben.

Eigene Arbeit, eigene Wohnung, keine Sonderwelten.

So einfach ist das.

Und für diese Sache, die so einfach, aber doch schwer zu machen ist, leistet der LWL, leisten wir eine ganze Menge:

- 1965 hat es in Deutschland die erste Werkstatt für Menschen mit Behinderungen gegeben. Das war in Bielefeld.
- Mitte der 70er Jahre hat der LWL in Westfalen dafür gesorgt, dass die Forderungen der Psychiatrie-Enquete in die Wirklichkeit umgesetzt werden.
- Ende der 80er Jahre hat der LWL damit begonnen, Regelkindergärten für Kinder mit Behinderungen zu öffnen. Und kurze Zeit später haben auch die Lehrerinnen und Lehrer der LWL-Förderschulen damit begonnen, Kinder mit Behinderung an Regelschulen zu unterstützen.
- Seit Mitte der 90er Jahre sind systematisch alle Mehrbettzimmer abgebaut worden.
- Und seit 2003 sorgen wir dafür, dass Menschen mit Behinderung ambulant betreut wohnen können, und zwar an jedem Ort in Westfalen.

All das sind riesige Schritte in Richtung Inklusion gewesen.

Behinderung ist heute ein allgemeines Lebensrisiko.

Und deshalb kann die kommunale Familie alleine die Last nicht mehr schultern. Der Bund ist in der Pflicht.

Ich bin nach den letzten Äußerungen von den Bundestagsabgeordneten anlässlich des Bundeskonferenz des Landkreistages zuversichtlich, dass unser gemeinsames Appell nicht nur angekommen ist, sondern dass man bereit ist, sich des Themas anzunehmen.

Trotz der Finanzprobleme werden wir aber nicht aufhören, unsere Gesellschaft in Richtung Inklusion zu verändern.

Wir werden dieses Jahr einen Aktionsplan „Inklusion“ beschließen, in dem wir folgende Punkte erwarten:

1. Das Ziel für die Tageseinrichtungen für Kinder besteht darin, dass für alle Kinder ein integrativer Platz zur Verfügung steht. Für alle.
2. Die Förderschulen werden sich so aufstellen, dass für jedes Kind, das im gemeinsamen Unterricht unterstützt werden kann, auch ein solches Angebot gemacht wird. Die Unterstützungsinstrumente, Geräte- und Finanzpool werden weiter fortgesetzt.
3. 50 % sind nicht genug. Zwar leben bereits 50 % der Menschen mit Behinderung in der eigenen Wohnung. Wir wollen diese Quote deutlich steigern.

4. Zur Unterstützung der Menschen mit psychischen Behinderungen werden wir die Tagesstätten ausbauen.
5. Mehr Menschen als bislang muss es gelingen, den Weg aus der Werkstatt in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Bereits heute liegt NRW in der Bundesrepublik bei diesem Ziel einsam an der Spitze.

In Westfalen-Lippe gibt es heute bereits  
113 Integrationsunternehmen.  
Baden-Württemberg etwa hat 66,  
Hessen 40 und Niedersachsen 23.  
2011 sind in Westfalen-Lippe 21 neue Projekte entstanden.

In Baden-Württemberg waren es 6,  
in Hessen 1 und  
in Niedersachsen 0.

In Westfalen-Lippe arbeiten 1.135 besonders betroffene schwerbehinderte Menschen in diesen Unternehmen.

In Baden-Württemberg sind es 826,  
in Hessen 754 und  
in Niedersachsen 281.

Meine Damen und Herren,

wir in Westfalen-Lippe, wir setzen den Benchmark. Und wir werden nicht aufhören, diese Position zu verteidigen.

Natürlich heißt das nicht, dass wir das Ziel ohne Blick auf die Finanzierung anstreben können. Nein. Auch in diesem Aufgabenbereich geht nur das, für das auch Geld vorhanden ist. Aber es gilt auch, dass ein Mensch, der inklusiv lebt, weniger staatliche Unterstützung benötigt, als ein Mensch, den man in eine Sonderwelt abschiebt.

Darauf wird die Politik von Bündnis 90/die Grünen, FDP/Freie Wähler und SPD achten. Inklusion nicht nur im Munde führen. Inklusion auch realisieren.

Keine unfinanzierbaren Wolkenkuckucksheime, sondern reale Politik für die Menschen mit Behinderung. Für die Inklusion. Für Westfalen-Lippe.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit